

10.02.2026 – 11:50 Uhr

CSI unterstützt den Appell des Parlaments von Bergkarabach an Bundesrat Cassis - das beschlossene Friedensforum ist ein Schritt zur Friedenssicherung



Binz (ots) -

Ein Jahr nach der Annahme der Motion "Friedensforum für Bergkarabach: Rückkehr der Armenier ermöglichen" im Schweizer Parlament, wendet sich Ashot Danielyan, Präsident von Bergkarabach, mit einem Schreiben an Bundesrat Ignazio Cassis. Wie das überparteiliche Komitee "Schweizer Friedensinitiative für Bergkarabach" mitteilt, appelliert Danielyan an den Bundesrat, die Motion nun umzusetzen. Christian Solidarity International unterstützt diesen Appell. Das vom Schweizer Parlament gewünschte Friedensforum im Zusammenhang mit Bergkarabach ist ein Schritt zur Friedenssicherung.

Mit der Verabschiedung der [Motion 24.4259](#) vor bald einem Jahr erteilte das Parlament dem Bundesrat den Auftrag, ein von der Schweiz organisiertes Forum für den Dialog zwischen Vertretern Aserbaidschans und den aus ihrer Heimat Bergkarabach vertriebenen Armeniern zu organisieren. Ein Schreiben des Präsidenten von Bergkarabach an den Bundesrat zeigt die Dringlichkeit eines solchen Forums auf.

Brief an den Bundesrat

Wie das überparteiliche Komitee "[Schweizer Friedensinitiative für Bergkarabach](#)" in einer [Medienmitteilung](#) bekanntgibt, hat sich Ashot Danielyan, Präsident und Parlaments-vorsitzender von Bergkarabach, anfangs Februar brieflich an Bundesrat Ignazio Cassis gewandt. Das im Mai 2025 in Bern gegründete Komitee setzt sich für eine nachhaltige politische Lösung des Karabach-Konflikts ein und begleitet den Bundesrat bei der Umsetzung des parlamentarischen Auftrags.

In seinem [Brief vom 2. Februar 2026](#) würdigt Ashot Danielyan den Beschluss des Schweizer Parlaments und erinnert den Bundesrat daran, dass schon fast ein Jahr seit Annahme der Motion verstrichen sei. Er hoffe sehr, dass sie bald umgesetzt werde, "um den vertriebenen Menschen von Bergkarabach eine sichere und würdevolle Rückkehr in ihre Heimat zu ermöglichen". Danielyan unterstreicht, dass die rund 150'000 Vertriebenen weder die

geopolitische Ordnung verändern noch den Friedensprozess zwischen Armenien und Aserbaidschan untergraben wollen.

Zum Hintergrund

Im September 2023 griff Aserbaidschan Bergkarabach (Arzach) an und vertrieb die dort lebenden Armenier. Der Internationale Gerichtshof fordert deren Rückkehrrecht. Die Schweizer Motion 24.4259 beauftragt den Bundesrat, ein Forum zum Dialog zwischen den Konfliktparteien zu schaffen. Das Anliegen wird von einer breiten Allianz aus Schweizer Parteien und internationalen Parlamentariern getragen.

Stefan Müller-Altermatt, der als Ko-Präsident des Komitees "Schweizer Friedensinitiative für Bergkarabach" und Nationalrat (Die Mitte), das Anliegen der Karabach-Armenier unterstützt, erklärt: "Die Schweiz verfügt über eine lange Tradition als Vermittlerin in internationalen Konflikten. Die vertriebene Bevölkerung von Bergkarabach verdient es, dass diese Tradition auch in ihrem Fall zum Tragen kommt."

CSI fordert Friedensforum

Eine Delegation von CSI war anfangs Februar in Armenien, um sich ein Bild der Lage zu machen und [Gefangene](#) zu besuchen. Es war offensichtlich: Der "Fall Bergkarabach" ist nicht abgeschlossen. Für einen nachhaltigen Frieden muss über die vertriebenen Armenier gesprochen werden. CSI-Geschäftsführer Simon Brechbühl: "Wir fordern den Bundesrat auf, dem Auftrag des Parlaments nachzukommen und mit dem Friedensforum zum Bergkarabach-Konflikt seinen Beitrag zu einem gerechten Frieden im Südkaukasus zu leisten."

Pressekontakt:

Simon Brechbühl, Geschäftsführer CSI-Schweiz, +41 44 982 33 40,
simon.brechbuehl@csi-schweiz.ch

Joel Veldkamp, Leiter Public Advocacy CSI, +41 44 982 33 10, joel.veldkamp@csi-int.org (E)

Rolf Höneisen, Leiter Kommunikation CSI-Schweiz, +41 44 982 33 77,
rolf.hoeneisen@csi-schweiz.ch

Medieninhalte



Vor dem Regierungssitz des armenischen Präsidenten in Jerewan fordern Demonstrierende US-Vizepräsident JD Vance während seines Staatsbesuchs auf, sich an Donald Trumps Versprechen zu halten und die von Aserbaidschan festgehaltenen armenischen Geiseln freizulassen. Zudem sollen die USA Druck auf die armenische Regierung ausüben, die in Jerewan inhaftierten Kirchenführer auf freien Fuss zu setzen. Foto: Zvg./CSI / Weiterer Text über ots und www.presseportal.ch/de/nr/100007062 / Die Verwendung dieses Bildes für redaktionelle Zwecke ist unter Beachtung aller mitgeteilten Nutzungsbedingungen zulässig und dann auch honorarfrei. Veröffentlichung ausschließlich mit Bildrechte-Hinweis.

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100007062/100938362> abgerufen werden.